



SoVD im Gespräch

Mit Sachverstand und Nachdruck bringt der Sozialverband Deutschland (SoVD) sich in die politische Diskussion ein – und sorgt somit auf übergeordneter Ebene dafür, dass die Stimmen sozial Benachteiligter gehört und berücksichtigt werden. Das gilt besonders für die Interessen der Rentner, der gesetzlich Krankenversicherten sowie der pflegebedürftigen und behinderten Menschen. Lesen Sie auf den Seiten 4 und 5 Berichte über die politische Arbeit in relevanten Gremien, über Gespräche mit Vertretern anderer Verbände, Institutionen und Interessensvertretungen.

SoVD bei der Verbändeanhörung zum Entwurf des Pflege-Neuausrichtungsgesetzes

Von Neuausrichtung keine Rede

Am 13. Februar lud das Bundesgesundheitsministerium knapp 100 Verbände zur Anhörung über den Referentenentwurf zum Pflege-Neuausrichtungsgesetz in die Katholische Akademie nach Berlin ein. Für den SoVD nahm Referent Fabian Müller-Zetsche teil.

Geleitet wurde die Anhörung von Christian Weber, Leiter der Abteilung G – Grundsatzfragen der Gesundheitspolitik, Pflege-sicherung, Prävention. Nahezu alle Anwesenden kritisierten in ihren Stellungnahmen, dass mit dem Referentenentwurf

weder die Finanzierung nachhaltig reformiert noch Pflegebedürftigkeit neu definiert werde. Das Für und Wider der Leistungsverbesserungen für Demenzzranke wie auch über die Einführung von häuslicher Betreuung wurde ausgiebig

diskutiert. Insgesamt wurde deutlich, dass manche Einzelregelungen sinnvoll sein können, die Pflegereform aufgrund des fehlenden grundsätzlichen Reformkonzeptes jedoch den Ansprüchen aller vertretenen Verbände nicht genügt.



V.l.n.re.: Olaf Guttzeit (Vorstandsvorsitzender des UnternehmensForums), Horst Schneider (Bundesverband Mittelständische Wirtschaft – Rheinessen), Eveline Lemke (Rheinland-Pfalz' Wirtschaftsministerin), Ursula Fuggis-Hahn (Geschäftsführerin von Boehringer Ingelheim), Adolf Bauer (SoVD-Präsident) und Hubert Hüppe (Behindertenbeauftragter der Bundesregierung).

SoVD-Präsident auf Fachtagung

Inklusion ist mehr als eine „gute Tat“

Am 16. Februar wurden auf der Fachtagung „Inklusion – so geht's“ des UnternehmensForums in Kooperation mit dem Bundesbehindertenbeauftragten Hubert Hüppe gezeigt, dass die Beschäftigung von Menschen mit Behinderung weit mehr als eine „gute Tat“ ist.

Unternehmen profitieren von gut ausgebildeten und engagierten Mitarbeitern mit und ohne Behinderung gleichermaßen. 180 Teilnehmende aus Wirtschaft, Politik und Verbänden waren nach Ingelheim gekommen, um sich darüber zu informieren, wie die Potenziale von Menschen mit Behinderung verstärkt erschlossen werden können. Mit Inkrafttreten der UN-Behindertenrechtskonvention sei es nicht nur an der Zeit, die äußeren Rahmenbedingungen zu verbessern, sondern ein Grundverständnis darüber zu erreichen, dass Menschen mit Behinderung die gleichen Teilhabechancen bekämen wie Menschen ohne Behinderung, betonte SoVD-Präsident Adolf Bauer bei einer Podiumsdiskussion auf der Tagung. Gleichzeitig machte er darauf aufmerksam, dass schwerbehinderte Menschen doppelt so häufig arbeitslos seien wie nichtbehinderte Menschen. Insbesondere ältere Menschen mit Behinderungen sind von dieser Entwicklung betroffen. Maßnahmen wie das Betriebliche Eingliederungsmanagement oder berufliche Rehabilitation könnten wirkungsvolle Instrumente sein, um Menschen auch bei längeren Lebensarbeitszeiten in den Unternehmen zu halten. Dazu seien aber nicht nur das Umdenken in der Wirtschaft, sondern auch eindeutige Vorgaben des Gesetzgebers nötig. Im Rahmen der Veranstaltung wurde zudem gemeinsam mit dem Beauftragten der Bundesregierung für Belange behinderter Menschen Hubert Hüppe der Inklusionspreis „Unternehmen fördern Inklusion“ ausgelobt. „Damit wollen wir Impulse und Anregungen durch vorbildliche Aktionen und Maßnahmen zur Beschäftigung von Menschen mit Behinderung öffentlich machen“, erklärte Olaf Guttzeit, Vorstandsvorsitzender des UnternehmensForums. Denn die Erfahrung lehrt: „Gute Beispiele aus der Praxis können andere Unternehmen ermutigen.“ Der Veranstaltungsort „Boehringer Ingelheim“ sei daher bewusst gewählt. Man wolle „Zeichen setzen und am konkreten Beispiel eines weltweit agierenden Wirtschaftsunternehmens aufzeigen, dass auch in weltweit agierenden Wirtschaftsunternehmen die Inklusion von Menschen mit Behinderung möglich ist.“

57



Foto: Herbert Schlemmer

Der Sozialpolitische Ausschuss (SPA) traf sich am 13. März zu seiner konstituierenden Sitzung.



Kurz notiert

Fachgespräch

An einem Fachgespräch auf Einladung der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen im Deutschen Bundestag nahm auch der SoVD teil.

Thema war ein Positionspapier zur grünen Pflege-Bürgerversicherung, das Renate Künast und Elisabeth Scharfenberg vorstellten. Neben den Grundsätzen, wonach alle Einkommensarten verbeitragt, die Beiträge auf Erwerbseinkommen paritätisch finanziert sowie die Beitragsbemessungsgrenze auf das Niveau der Rentenversicherung (West) angehoben werden sollen, enthält das Konzept weitere Eckpunkte wie den erhöhten Beitragssatz für Kinderlose, die kostenlose Mitversicherung von Kindern, aber auch von Ehe- und eingetragenen Lebenspartnern, wenn diese Pflege- und/oder Erziehungsarbeit leisten.

Zuschussrente im Kontext Frauenarmut kritisiert

„Nur ein Notpflaster“

Millionen Frauen müssen trotz harter Arbeit fürchten, im Alter arm zu werden. Gefährdet sind Minijobber: Ihre Rente liegt selbst nach 45 Arbeitsjahren weit unter dem Niveau von Hartz IV.

Nach Berechnungen des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales beträgt der Rentenanspruch von Mini-Jobbern nach 45 Versicherungsjahren 182,70 Euro – sofern der Minijobber den pauschalen Rentenbeitrag des Arbeitgebers in Höhe von 15 Prozent auf die üblichen 19,6 Prozent aufgestockt hat. Dramatisch: Derzeit haben etwa 7,4 Millionen Menschen in Deutschland einen sogenannten Minijob. Davon waren in 2011 knapp 4,65 Millionen Frauen. Gut zwei Drittel von ihnen haben ausschließlich diesen Minijob, was ihre Rentenansprüche im Alter noch vermindert.

Arbeitsministerin Ursula von der Leyen will Geringverdiener ab 2013 mit der Zuschussrente unterstützen (*wir berichteten mehrfach kritisch*). Profitieren sollen auch Minijobber, sofern sie selbst Beiträge zahlen, genügend Versicherungsjahre vorweisen können und von 2014 an zusätzlich privat oder betrieblich vorsorgen. Zu den entsprechenden Medienberichten erklärt SoVD-Präsident Adolf Bauer in einer aktuellen Pressemitteilung: „Es reicht nicht aus, gegen die Altersarmut von Frauen und Männern Notpflaster wie die geplante Zuschussrente zu verteilen. Zudem ist es nicht die Aufgabe der gesetzlichen Rentenversicherung, für die Spätfolgen einer unsozialen Lohnpolitik gerade zu stehen. Nötig sind vielmehr richtige Weichenstellungen in der Erwerbsphase. Es liegt auf der Hand, dass höhere Rentenbeiträge zu höheren Renten führen. Deshalb sind insbesondere ein gesetzlicher Mindestlohn und ein verstärkter Schutz bei Erwerbsminderung erforderlich.“